

P2. Interpellation von Urs Schrepfer, Andrea Vonlanthen und Hanspeter Gantenbein vom 12. Juni 2013 "Schule Thurgau - Quo vadis?" (12/IN 10/137)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Schrepfer, SVP: Die Interpellanten danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Meinung vertritt, dass die Volksschule Thurgau auf Kurs sei. Wir sind der Meinung, dass die Punkte "Qualität durch Vielfalt", "Umsetzung und Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben" und "Rahmenbedingungen" und insbesondere das wichtige Rückbesinnen der Schule auf ihr Kerngeschäft, das Unterrichten, eine kritische Diskussion erfordern. Aus diesem Grund **beantrage** ich Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Schrepfer, SVP: Vielleicht würde es sich für den Regierungsrat lohnen, die Sache einmal aus der Vogelperspektive zu betrachten, um zu bemerken, dass man nicht ein Schiff, sondern eine Flotte von Booten kommandiert, in der die einzelnen Boote nach bestem Wissen und Gewissen und nach Lust und Laune in alle erdenklichen Richtungen fahren. Es macht den Eindruck, dass man Qualität durch Vielfalt erreichen will. Nur schon das Beispiel der Sekundarschule zeigt dies deutlich auf. Wir haben Sekundarschulen, die Niveaunklassen in Mathematik aufgelöst haben, wieder andere führen alle drei Fächer in Niveaus. Es gibt Sekundarschulen, die in heterogenen Jahrgangsklassen arbeiten, wieder andere arbeiten über die Jahrgänge hinaus in heterogenen Klassen, andere in homogenen Klassen. An den einen Schulen werden Sonderschüler integriert, an anderen nicht, das neunte Schuljahr wird individuell vor Ort umgebaut usw. Aber eben, man will ja Qualität durch Vielfalt. Diese Vielfalt geht so weit, dass ein Schüler oder eine Schülerin mit denselben Leistungen, beispielsweise zweimal Niveau m in den Sprachen und einmal Einteilung Niveau g in Mathematik, an der einen Schule in die ehemalige Sekundarklasse und an der anderen Schule automatisch durch das lokale Umstufungsreglement in die Realklasse eingeteilt wird. Drei von 25 1. Sekundarschülerinnen und Schüler aus Wängi würden beispielsweise bei gleicher Leistung bei einem Wechsel in die Nachbargemeinde wegen ihrer Niveauteilung, die eigentlich unabhängig von der Stammklasse ist, automatisch in die Realklasse umgeteilt werden. Was das mit Qualität durch Vielfalt zu tun hat, wissen die Götter. Es ist einfach nur Pech für die

Schüler und ihre Eltern, dass sie im falschen Dorf leben und dem Kind durch die tiefere Einstufung trotz gleicher Leistungen die Auswahl an möglichen Berufen gestutzt wird. Auch für abnehmende Schulen und für das Gewerbe wäre eine zumutbare Vergleichbarkeit der Modelle sicherlich dienlich. Man soll mich bitte richtig verstehen. Von der öffentlichen Schule erwarte ich nicht Einheitsbrei. Ich bin auch nicht dafür, alles gleich zu schalten, aber ich erachte es als unsere Pflicht, dass Schülerinnen und Schüler an der öffentlichen Schule zumindest ähnliche Voraussetzungen und Chancen antreffen. Verbindlichere strategische Entscheide, beispielsweise auch bei der Thematik der Integration und der Mut, diese auch umzusetzen, würde Lehrer, Schulleitungen und Schulbehörden nicht nur verkraftbare Freiheiten kosten, sondern auch sehr viel Energie sparen und für die Eltern Vieles klarer und gerechter werden lassen. Zurzeit verbringen einzelne Schulen unglaublich viel Zeit mit Entwickeln und dem Anpreisen ihrer Modelle. Es ist mir wichtig, in diesem Zusammenhang zu sagen, dass wir vor Ort dank engagierter Lehrpersonen sehr gute Schulen haben. Dass wir uns aber durch klarere Entscheide Diskussionen über ausufernde Zusatzarbeiten der Lehrpersonen, die zum Beispiel durch Schulentwicklungen vor Ort anfallen, ersparen könnten, ist kein Geheimnis. Damit hätten alle an der Schule Beteiligten auch wieder mehr Zeit, sich um das Kerngeschäft, nämlich dem des Unterrichtens, zu kümmern. Es ärgert mich an der Antwort des Regierungsrates, wenn wiederum behauptet wird, dass Stimmbürgerinnen und -bürger in Schulentwicklungsprozesse mit einbezogen werden. Informationsabende, an denen Schulleitungen, Schulberatung und Schulentwickler Modelle anpreisen, kann wohl niemand als Mitbestimmung der Bürger betrachten, höchstens als Weichklopfen der Eltern, die sich nur selten trauen, gegen diese Armada von Experten ihre kritischen Gedanken zu äussern. Gerne frage ich den Regierungsrat, in wie vielen Gemeinden an der Urne oder an einer Gemeindeversammlung über die Einführung von Lernräumen, Basisstufen, Integrationsformen oder Umgestalten der 3. Sekundarschule abgestimmt wurde. Es gibt diese Gemeinden, aber sie sind in der kleinstmöglichen Minderheit und die löbliche Ausnahme. Der Regierungsrat beruft sich in seiner Antwort immer wieder auf den gesetzlichen Rahmen, in welchem sich die Schulen bewegen dürfen. Nicht nur bezüglich der Jokertage wissen wir, dass dies nicht funktioniert. Aus Erfahrung weiss ich, dass nicht einmal die obligatorische Stundentafel eingehalten wird. Selbst Interventionen bewegen niemanden, Massnahmen zu ergreifen, um solche Missstände zu beheben. Aus diesem Grund bitte ich um Verständnis, wenn mich das wiederholte Argument der Freiheiten der Schulen innerhalb der gesetzlichen Vorgaben alles andere als befriedigt. Meines Erachtens bleibt die Frage offen, was denn der kleinste gemeinsame Nenner ist, den die öffentlichen Schulen im Kanton Thurgau aufweisen sollten, wenn nicht einmal die obligatorische Stundentafel heilig ist. Diese Frage sollte man diskutieren. Falls dieser Punkt nicht wichtig genug ist, um eingehalten zu werden, plädiere ich künftig "contre coeur" für die freie Schulwahl. Ich habe es fast vergessen: Qualität durch Vielfalt. Man sollte dann aber beachten, dass dieser Grundsatz in der Privatwirtschaft richtig ist, weil

der Kunde dort die Qual der freien Wahl hat, also Qualität durch Wettbewerb und Eltern können frei wählen. Nach der Beantwortung der Interpellation bleibt mir der Eindruck, dass Christian Anders mit seinem Lied: "Es fährt ein Zug nach Nirgendwo" in Bezug auf die Visionen des Regierungsrates und die Schule Thurgau nicht ganz Unrecht hat.

Gschwend, FDP: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Als ehemaliges Mitglied einer Volksschulbehörde habe ich mit Interesse auf die Beantwortung der gestellten Fragen durch den Regierungsrat gewartet. Gerne denke ich an die Zeit zurück, als ich in der Volksschulgemeinde Egnach eine Basisstufe 4 organisieren und einrichten durfte. Diese Basisstufe ist heute noch in Betrieb. Damals wie heute sichert sie dem kleinen Ortsteil Hegi-Winden den Schulstandort. Man darf sagen, dass dieses Modell für die Volksschulgemeinde Egnach ein Glücksfall ist. Mit der erwähnten Basisstufe und einer zweiten Mehrklasseneinheit, 3. bis 6. Klasse, wurden Strukturen geschaffen, die optimal auf den kleinen Schulstandort Winden zugeschnitten sind. Die gesamte Volksschulgemeinde Egnach verfügt über fünf Primarschulstandorte und einen Oberstufenstandort. Mit Freude habe ich deshalb zur Kenntnis genommen, dass solche Modelle auch in Zukunft möglich sein werden. Lernlandschaften sind Teil eines pädagogischen Konzeptes mit dem Fokus auf das altersdurchmischte Lernen, das grundsätzlich auf allen Schulstufen zur Anwendung kommen kann. Der Erfolg des Mehrklassensystems beruht meines Erachtens ganz stark auf den Fähigkeiten der Lehrpersonen. Es ist eine grosse Herausforderung und verlangt von den Lehrpersonen einen hohen Differenzierungsgrad in der täglichen Arbeit. Die FDP-Fraktion ist überzeugt davon, dass es nicht primär auf das unterrichtete Modell ankommt, sondern vielmehr darauf, mit wie viel Kompetenz und Herzblut die Lehrpersonen unterrichten. Viele der gestellten Fragen werden im aktuellen Bildungsbericht beantwortet. Beim Durchlesen des Fragenkataloges gewinnt man den Eindruck, dass die Interpellanten eine zu grosse Vielfalt von Unterrichtsmodellen befürchten. Dies überrascht etwas, gehören sie doch einer Partei an, die sich vehement und leider mit Erfolg gegen den Beitritt unseres Kantons zum HarmoS-Konkordat, das eine Harmonisierung anstrebt, wehrte. Unserer Fraktion fällt auf, dass sich keine einzige, der von den Interpellanten gestellten Fragen, mit der Unterrichtsqualität befasst. Die Unterrichtsmodelle scheinen viel wichtiger zu sein als der Unterrichtserfolg. Für unsere Fraktion sollten folgende Fragen bald geklärt werden: Braucht es noch vier verschiedene Institutionen für Schulaufsicht, Schulevaluation, Schulentwicklung und Schulberatung? Wäre eine Streichung der Schulaufsicht ohne grosse Nachteile möglich? Sind die vielen verschiedenen angebotenen Fördermassnahmen heute wirklich noch nötig? Nach unserer Meinung ist die Strukturbereinigung auf der Ebene des Departementes nach der Einführung der Schulleiter noch nicht abgeschlossen. Unseres Erachtens besteht hier noch Handlungsbedarf. Grundsätzlich sind wir aber froh, dass sich die Volksschule nun hoffentlich am Anfang einer Konsolidierungsphase befindet. Immer neue Forderungen, die zum Teil Erreichtes wieder rückgängig machen wollen wie beispielsweise die Basisstufe,

bringen nur neue Unruhe in die Schule und schaden ihr. Auch uns befremdet die Vielfalt der gegenwärtigen Unterrichtsmodelle. Aber eine gesunde Vielfalt ist uns allemal lieber als eine zentralistische Einheitsschule. Im Unterricht ist nicht der Weg, sondern das Erreichen des Unterrichtszieles entscheidend. Dass es dazu das richtige Augenmass braucht, ist uns wichtig.

Vetterli, SVP: Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Die Interpellanten stellen umfangreiche Fragen hinsichtlich der Homogenität der Thurgauer Schullandschaft. Insbesondere interessiert es sie, wie viele vom Schulgesetz abweichende Modelle es gibt und wie das Amt für Volksschule mit allzu innovativen Schulgemeinden umgeht. In der umfangreichen Antwort weist der Regierungsrat darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren mit der Basisstufe lediglich einen Schulversuch gegeben habe, der vom Regierungsrat bewilligt werden musste und der nach Ablauf der Versuchsphase eine Gesetzesänderung auslöste, die regelt, wie Schulgemeinden vorzugehen haben, wenn sie ebenfalls auf ein solches Modell umstellen wollen. Die Antwort stellt dar, dass sich alle übrigen Versuche, die auf lokaler Ebene und im Gespräch mit den Stimmbürgern entstanden sind, sowohl an das Unterrichtsgesetz als auch die obligatorische Stundentafel halten oder wenigstens zu halten hätten. Es wird auf die Rolle der Schulaufsicht als Kontrollorgan sowie die Schulevaluation hingewiesen, die unter anderem den Auftrag hat, alternative Modelle auf ihre Wirksamkeit und ihren Erfolg zu prüfen. Die Antwort des Regierungsrates klingt plausibel. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Kontrolle über die Schulaufsicht mit den stark reduzierten Pensen und dem halbjährlichen Kontakt mit den Personen vor Ort den Anforderungen einer wirksamen Kontrolle zurzeit kaum oder nicht mehr gerecht wird. Die Verantwortung zur Einhaltung der Stundentafel wird an die Schulleitungen delegiert. Diese stehen in der Verantwortung, insbesondere die Einhaltung der Stundentafel sicher zu stellen. Der Regierungsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass eine angemessene Vielfalt in der Thurgauer Volksschule sicherstellt, dass sich die Schule permanent mit gesellschaftlichen Veränderungen auseinandersetzt und ihnen auch mit neuen Schulformen begegnet. Eine politische Diskussion über die Chancen und Grenzen dieser Vielfalt ist durchaus wünschenswert und wird womöglich durch diese Interpellation angeschoben.

Brägger, GP: "Die Volksschule Thurgau ist auf Kurs." Mit diesem einfachen, fast schon lapidaren Satz schliesst die Antwort des Regierungsrates auf die vorliegende Interpellation. Der Regierungsrat möchte damit wohl ausdrücken, um es mit einer anderen Seemannssprache zusammen zu fassen, dass die Thurgauer Volksschule nicht aus dem Ruder läuft beziehungsweise gelaufen ist. Denn das ist es möglicherweise, was die Interpellanten mit Adjektiven wie "unübersichtlich" beziehungsweise "chaotisch" andeuten möchten, wie diese in der letzten Frage der Interpellation verwendet werden. Um bei der

Antwort des Regierungsrates auf die letzte Frage der Interpellanten zu bleiben: Da ist die Rede davon, dass sich die Situation der Thurgauer Volksschulen insgesamt als homogen und mit Blick auf die letzten Jahre zunehmend im Zeichen der Konsolidierung zeige. Mit Letzterem bin ich einverstanden. Gerade mit Blick auf die Einführung des Lehrplanes 21 ist dies auch dringend nötig. Die allgemeine Lage der Thurgauer Volksschulen als homogen zu bezeichnen, ist dann doch zu viel des blauen Himmels. Sie präsentiert sich, wie sich alleine schon am Beispiel der beiden Sekundarschulzentren meines Wohn- und Arbeitsortes zeigt, als ziemlich uneinheitlich, also heterogen. Allerdings erachte ich dies keineswegs als Missstand. Ausnahmsweise zitiere ich da gerne einen Satz aus der Antwort des Regierungsrates auf die Frage 11 nach der angeblich in Zukunft steigenden Vielfalt der Schulmodelle. Der Regierungsrat schreibt: "Wenn im Übrigen eine gewisse Konkurrenz zwischen den Schulgemeinden bezüglich Qualität der Erfüllung des Bildungsauftrages entsteht, ist dies zu begrüßen." Konkurrenz belebt das Geschäft. Dieses Axiom muss ich bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen im Rat nicht näher bringen. Meines Erachtens gehört es zu den Kernaufgaben von dynamischen Schulaufgaben als so genannt lernende Systeme, sich immer wieder danach umzusehen, in welche Richtung sich vergleichbare Schulen entwickeln und welche Ansätze für die eigene Schule unter Umständen prüfenswert wären. Ich jedenfalls erachte es als bereichernd, mich mit Schulentwicklungsfragen zu befassen und gewissermassen über den Tellerrand des eigenen Arbeitsplatzes hinaus zu schauen. Dass Eltern aufgrund der relativen Vielfalt der Thurgauer Bildungslandschaft gegebenenfalls einen Anspruch auf freie Schulwahl ableiten, ist nachvollziehbar, steht aber aufgrund von Entscheiden des Souveräns nicht zur Diskussion. Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass unser föderalistisch geprägtes Volksschulsystem, das den einzelnen Bildungseinheiten verhältnismässig grossen Spielraum lässt, bewirkt, dass die Schulqualität insgesamt steigt. Das Controlling der verschiedenen Schulmodelle wiederum obliegt der Schulaufsicht. Da gibt es zugegeben Spielraum nach oben. Von den Interpellanten werden 12 Fragen gestellt, was man als mangelhaften Informationsstand oder aber als grosse Besorgnis der Vorstösser interpretieren könnte. Ich neige zur Ansicht, dass die Transparenz in diesem Bereich möglicherweise ungenügend ist. Zwar wird in der Antwort des Regierungsrates zwecks Informationsbeschaffung auf verschiedene Dokumente verwiesen, was aber nicht darüber hinwegtäuscht, dass eine Gesamtschau im Sinne einer umfassenden Auslegeordnung fehlt. Darüber täuscht auch der neuste Bericht zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens nicht hinweg. Falls, wie angedacht, vom zwei- zum vierjährigen Erscheinungsrhythmus eben dieses Berichtes übergegangen werden sollte, ist zu wünschen, dass der Bildungsbericht in Zukunft umfassender Rechenschaft über die Verwendung des Löwenanteils von rund 24 % des Budgetaufwandes ablegt. Ausserdem wäre, so wie ich dies bei anderer Gelegenheit vorgeschlagen habe, auch in Sachen Schule der eine oder andere gezielte Blick über die Kantonsgrenzen hinweg der Sache durchaus dienlich.

Frei, CVP/GLP: Ich vertrete die Meinung der CVP/GLP-Fraktion. Die Interpellation zeigt ein gewisses Unbehagen über die Situation der Volksschule im Kanton Thurgau auf, welches die Antwort des Regierungsrates nicht in allen Teilen ausräumen kann. Gute Bildung ist wichtig. Da sind wir uns sicher alle einig. Es kann nicht sein, dass wir für Steuersenkungen für die Reichen die Bildungsausgaben reduzieren. Andererseits muss das Geld sinnvoll eingesetzt werden, da viel Geld für die Schule nicht automatisch eine gute Schule bedeutet. Wo setzt man den Hebel an beziehungsweise wo setzt man das Geld ein, um eine in Zukunft erfolgreiche Schule zu haben; beim Schulsystem, bei den Schulräumen oder bei den Lehrerinnen und Lehrern? Viele verschiedene Schulsysteme ergeben noch keine Qualität. Ich habe den Eindruck, dass es sich viel zu sehr um das Organisatorische dreht. Die Erfahrung zeigt, dass der Unterricht und damit auch der Schulerfolg für die Schüler nicht in erster Linie vom System, sondern von der Lehrperson abhängen. Damit ist die Lehrperson die entscheidende Grösse. Ich werde in meinen Beobachtungen durch die Hattie-Studie gestützt, die einen ziemlichen Wirbel ausgelöst hat. Die Studie des neuseeländischen Bildungsforschers, John Hattie, bringt neue Ansätze und führt unter anderem aus: "Wir diskutieren leidenschaftlich über die äusseren Strukturen von Schule und Unterricht. Sie rangieren aber ganz unten in der Tabelle und sind, was das Lernen angeht, unwichtig." Er sagt auch, dass kleine Klassen zwar viel Geld kosten, aber punkto Lernerfolgs weitgehend ertraglos bleiben. John Hattie kommt zum Schluss, dass der Lehrer oder die Lehrerin entscheidend sei. Meines Erachtens ist es der wichtigste Faktor für eine gute Schulentwicklung, dass die Lehrperson gestärkt wird. Die Stärkung der Lehrperson hat nicht nur mit Salär zu tun, sondern es sind noch andere Faktoren wichtig. Die Lehrpersonen müssen vom Verwaltungskram, den immer mehr aufgebürdeten Zusatzaufgaben und den vielen Sitzungen, die in den letzten Jahren Überhand genommen haben und noch immer zunehmen, entlastet werden. Da haben die Schulleitungen ihren Verantwortungsanteil. Ich habe kürzlich gelesen, dass wir uns einmal zu Tode sitzen werden. Dies betrifft aber nicht nur den Schulbereich. Die Lehrerinnen und Lehrer sollen sich auf die Schüler konzentrieren können und bei der Gestaltung des Unterrichtes, selbstverständlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und des Lehrplanes, eine gewisse Freiheit haben. Das wäre eine Stärkung unseres Bildungswesens. Die Lehrerinnen und Lehrer sind motiviert, und sie können auch die Schüler motivieren. Motivation löst bekanntlich Erfolg aus. Meines Erachtens ist die Kostenexplosion ein weiteres Problem der Volksschule. Darunter leidet auch der Kanton Thurgau. Im "Tages Anzeiger" vom vergangenen Montag war auf der ersten Seite zu lesen, dass sich die Bildungsausgaben bei einem sehr moderaten Anstieg der Schülerzahlen in den letzten 20 Jahren schweizweit beinahe verdoppelt haben. Im Kanton Thurgau betrug die Steigerung in den letzten 12 Jahren 65 %. Der Kanton bezahlt relativ hohe Beiträge an die Schulgemeinden. Der Betrag wurde in den letzten Jahren aufgestockt. Meines Erachtens wäre es angemessen, wenn diese Schulgemeinden vermehrt an die Leine genommen würden, damit kein Wildwuchs oder Qualität durch Viel-

falt entstehen kann. Ich bin nicht gegen die Qualität, aber die Vielfalt allein bringt keine Qualität. Damit würden auch die Kosten für die Schulevaluation und Schulentwicklung nicht derart ansteigen, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. Es geht nicht darum, die Schulentwicklungs- und Evaluationskosten zu kürzen, sondern diese dürfen nicht weiter anwachsen. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Volksschule nun vermehrt im Zeichen der Konsolidierung stehen soll. Man will also die Schule zur Ruhe kommen lassen, soweit dies möglich ist. Die Situation im Thurgau ist sicherlich nicht alarmierend. Es gilt, die Augen offen zu halten und die Probleme rechtzeitig zu erkennen, was mit der Interpellation und der Antwort des Regierungsrates gemacht wurde.

Wüst, EDU/EVP: Die EDU/EVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Es fällt uns schwer, zu glauben, dass mit allen aufgelisteten Gesetzespositionen in der Antwort alles klar und in Ordnung ist. Da die Wirklichkeit zum Teil anders als die Antwort des Regierungsrates aussieht, bitten wir den Regierungsrat, die Punkte der Interpellanten auf deren Einhaltung zu kontrollieren. Uns ist es wichtig, dass die Thurgauer Schule transparent und möglichst vergleichbar erscheint.

Hugentobler, SP: Ich danke dem Regierungsrat für die präzise und geduldige Antwort. Ich war gegen Diskussion, weil ich der Meinung bin, dass das Thema an verschiedensten Orten aufgelistet und diskutiert worden ist und noch diskutiert wird. Ich habe mich über die Frage nach "Quo vadis" gefreut. Da scheint trotz Mundartpflege gar eine dritte Fremdsprache erlaubt zu sein. Meines Erachtens suchen die Interpellanten Probleme, wo gar keine Probleme sind. Wie üblich wird so getan, als wenn in den alten Systemen oder gar in einem rigiden Zentralismus all die Schwächen nicht auftreten würden, die man jetzt den neuen Formen andichtet. Ich bin für Autonomie und Vielfalt, solange die Bildungsziele erreicht werden. Die Autonomie soll bei den Schulgemeinden, bei den einzelnen Schulen, die sich ein Profil geben dürfen, und bei der einzelnen Lehrperson sein. Die Schule ist nahe vor Ort. Dort sollen auch die Entscheide gefällt werden. Das kann man nicht mit Zentralismus machen. Die teilweise vertretene Haltung führt dazu, dass man den Föderalismus beerdigen kann. Im Zentrum stehen nicht Zentralismus, sondern die Schülerinnen und Schüler. Die Bildungspolitiker dürfen ihre Augen nicht vor den Entwicklungen in der Gesellschaft verschliessen. Wir müssen die Basisstufe hier und heute nicht noch einmal diskutieren. Darüber haben wir entschieden. Die Entscheide sind zu akzeptieren. Ich habe manchmal den Verdacht, dass man langsam realisiert, dass der damalige Entscheid vielleicht nicht so schlau war. Die Schulgemeinden und Schulen wollen sich entwickeln, und sie machen das auch ganz lebendig. Das führt zu Qualität. Qualität erreicht man nicht, indem man die Schulgemeinden am "Gängelband" führt. Der in den Fragen auftauchende Ruf nach Überprüfung von Qualität wäre eine Kernaufgabe der Schulevaluation. Ich staune darüber, dass wir beim Budget über einen

Streichungsantrag von Fr. 500'000.-- diskutieren werden. Ich befürchte, dass die Rechte nicht ganz weiss, was die ganz Rechte macht. Ich verstehe die Interpellation nicht und wünsche dem Departement für Erziehung und Kultur (DEK) weiterhin den Mut, den gegebenen Spielraum auch zu leben.

Huber, BDP: Das Thurgauer Schulwesen ist facettenreich und komplex, von Schulgemeinde zu Schulgemeinde unterschiedlich strukturiert und zudem im Lauf der Zeit einem ständigen Wandel unterworfen. Die Interpellanten monieren in ihrem Vorstoss zu Recht, dass hier ein Durchblick schwierig ist. Andererseits verweist auch der Regierungsrat in seiner Antwort zu Recht darauf, dass seine verschiedenen Publikationen, wie der regelmässig verfasste Bericht zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens sowie die schulspezifischen Passagen in den Regierungsrichtlinien, im Voranschlag und im Geschäftsbericht durchaus Aufschluss zu den meisten von den Interpellanten gestellten Fragen geben. Ich bedanke mich namens der BDP-Fraktion für die knapp gehaltene, inhaltlich jedoch ergiebige Antwort des Regierungsrates. Die Interpellanten stellen die Frage in den Raum: "Qualität durch Vielfalt?" Aber haben die aufgeführten Fragen und Beispiele wirklich einen direkten Zusammenhang mit der Qualität, der Schulqualität und der Unterrichtsqualität? Die Fragen der Interpellanten lassen letztlich offen, ob sie eine vermehrte Steuerung auf kantonaler Ebene anstreben. Wenn schon in diese Richtung gearbeitet werden soll, müssten wir unter anderem auch ein grösseres Engagement der Fachstelle "Schulevaluation und Schulentwicklung" verlangen, denn diese verfügt über das entsprechende Steuerungswissen. Wenn wir also die Schule auf Kurs halten wollen, und damit gehe ich mit meinen Vorrednern einig, sollten wir den Fokus auf die konstruktive Unterstützung unserer Lehrpersonen richten und die strukturelle Vielfalt nur als Begleiterscheinung auf das Notwendige beschränken.

Vonlanthen, SVP: Die Interpellanten trieb bei ihrem Vorstoss einerseits die Sorge um einen Wildwuchs von Schulmodellen, Schulversuchen und Schulentwicklungen in Thurgauer Schulgemeinden und damit auch die Einhaltung von kantonalen Vorgaben, andererseits die breite Verunsicherung rund um die Thurgauer Schule. Der Regierungsrat schreibt zweckoptimistisch am Schluss seiner Antwort: "Die Volksschule Thurgau ist auf Kurs." Ist eine Volksschule auf Kurs, deren Kosten in galoppierender Weise steigen und steigen? Ist eine Volksschule auf Kurs, deren Schulleiter im Schnitt nach drei Jahren aussteigen, weil sie von Um- und Zuständen mürbe gemacht wurden? Ist eine Volksschule auf Kurs, deren ältere Lehrer fast durchwegs Jahre vor dem Pensionsalter aussteigen, weil ihnen die Freude am Beruf völlig abhanden gekommen ist, weil sie resigniert haben und ausgebrannt sind? Ist eine Volksschule auf Kurs, deren Lehrkörper an der Primarstufe weit über 80 % aus Frauen besteht? Auf der Primarstufe betrug der Frauenanteil bei den Diplomabschlüssen 2012 nicht weniger als 88 %, auf der Sekundarstufe auch bereits 77 %. Ist eine Volksschule auf Kurs, deren Verunsicherung durch

die unterschiedlichsten örtlichen Praktiken im Umgang mit Integrationsfragen, Absenzen, Jokertagen oder Disziplin fast handgreiflich spürbar wird? Ist eine Volksschule auf Kurs, die mit den überstürzten, kostspieligen Vorbereitungen auf den Lehrplan 21, der momentan auf höchst wackeligen Beinen steht, noch zusätzliche Verunsicherung schafft? In dieser bildungsnebelhaften Zeit wäre eine Konzentration auf das Wesentliche von Nöten, die auf den Kernauftrag und die Kernkompetenzen der Schule zielt, auch auf eine Schulordnung, und die ein reibungsloses Unterrichten erlaubt. Wir brauchen nicht mehr Schulversuche und Schulprojekte, sondern Schulverhältnisse, die für Kontinuität und Stabilität sorgen. Sprechen sich Schulleitungen und Lehrerschaft an einem Ort für einen Schulversuch aus, müsste man sie eigentlich auch verpflichten können, die Folgen persönlich auszubaden. Doch vielfach sind die wagemutigen Exponenten längst weitergezogen, bis sich die Verhältnisse wieder einigermaßen normalisiert haben. Wir brauchen nicht mehr pfiffige pädagogische Aussichten, sondern bessere Aufsichten. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort: "Alle genannten Modelle bewegen sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens." Es fragt sich, ob der Gesetzgeber wirklich von einem solchen Wirrwarr von Modellen geträumt hat. Zu den abweichenden Modellen ein Beispiel aus der Sekundarschule Arbon: Da beschliessen Schulleitung und Behörde, dass allen Klassenlehrern entgegen den klaren Vorgaben des Kantons eine zusätzliche Entlastungsstunde gewährt wird. Eine Idee, auf die man nur in Arbon gekommen ist. Die Schulaufsicht macht zuerst zaghafte Einwände, akzeptiert die phantasivolle Begründung danach aber bald. Statt "Klassenlehrerlektion" heisst es nun einfach "Entlastung für besondere Aufgaben". Man möchte den einzelnen Schulen künftig viel Kreativität bei der Begründung von Sonderwegen wünschen. Gespannt warten wir nun auf innovative Lösungen und clevere Begründungen von Schulgemeinden für Ortszulagen und andere exklusive Angebote. In Arbon jedenfalls hatte diese Nichtaufsicht des Kantons Folgen. Eine Steuerfusserhöhung in der Sekundarschulgemeinde wurde gerade massiv verworfen. Finanziell steht die neue Schulbehörde vor einem Scherbenhaufen. Immer wieder spricht der Regierungsrat in seiner Antwort von der Eigenverantwortung der Schulgemeinden, sei dies beim Bauen, bei der Schulorganisation oder bei Entwicklungsfragen. Man wolle künftige pädagogische Entwicklungen ermöglichen. Doch wie weit reicht die Verantwortung des Regierungsrates und des zuständigen Departementes für das Ganze aus, für das Thurgauer Schulwesen? Wann wird eine pädagogische Entwicklung zum kostspieligen Abenteuer mit fragwürdigem pädagogischem Nutzen? Wie weit soll man einen Schulleiter gewähren lassen, der eine Schule während seines kurzen Gastspiels auf den Kopf stellt und bewährteste Lehrer permanent vor den Kopf stösst? Vielleicht haben Sie von den Studien des neuseeländischen Bildungsforschers, John Hattie, gehört, der insgesamt 50'000 Studien ausgewertet hat. Ein Ergebnis: Die wichtigsten Faktoren für den Schulerfolg sind die Schüler, 50 % Gewicht, und die Lehrer, 30 % Gewicht, aber nicht die Lehrplanfunktionäre und die Schulentwickler. Seitens der Lehrer sind demnach Motivation, Einführungsvermögen, aber auch die Fä-

higkeit wichtig, eine Vertrauensbasis aufzubauen. Vor allem ist die Frage nach der Praxistauglichkeit wichtig. Ist die Thurgauer Volksschule auf Kurs? Sie ist es dann, wenn sie sich zuerst dem Kernauftrag widmet und den Kindern das vermittelt, was diese schon in der Lehre, dann im Berufsleben und überhaupt im Lebensalltag brauchen. Sie ist es dann nicht, wenn der Schulversuch selber oder gar die Gesellschaftsveränderung zum offenen oder heimlichen Ziel erklärt werden und wenn aus Pädagogen mehr und mehr "Projekttagogen" werden. Ein Blick auf die aktuelle Thurgauer Bildungsszene zeigt jedenfalls, dass die Antwort des Regierungsrates auf unsere Interpellation weniger von Schulpraktikern als von Bildungstechnokraten verfasst wurde.

Gantenbein, SVP: Als Interpellant möchte ich doch einige Aussagen verstärken und bekräftigen. Unsere Fragen, die Antworten und die bisherige Diskussion drängen sich geradezu auf, etwas in die Zukunft zu schauen und ganz allgemein auf den Lehrplan 21 hinzuweisen. Es sind die Grundlagen und Erfolgsrezepte aller wirtschaftlichen Unternehmungen, das Kerngeschäft nie aus den Augen zu verlieren. Ist etwas schief gegangen, heisst es anschliessend, dass man sich auf das Kerngeschäft zurückbesinnen müsse, man habe sich verzettelt. Vielfalt bedeutet nicht einfach Qualität. Die Quelle jeden Erfolges und einer Weiterentwicklung liegt in der Konzentration auf die Kernaufgaben. Ich habe mich gefragt, wie ich das für die Zukunft hinüberbringen kann, damit man immer wieder daran denkt. Vor rund acht Jahren bestand eine ähnliche Tendenz mit Experimenten. Es muss eingepflegt werden: Konzentration auf die Kernaufgaben. Wenn man die Ideen und Aussagen zum Lehrplan 21 hört, kann einem angst und bange werden. Hier werden unsere Bedenken für die Zukunft nicht nur bekräftigt, sondern massiv betont. Die Absichten im Lehrplan 21 sind so überfüllt, dass für unsere verantwortlichen Beamten des DEK eine riesige Spielwiese für neue Experimente ohne Ende aufgetan wird. Es gilt in allen Bereichen, die Notwendigkeit vom Wünschbaren zu unterscheiden und zu überdenken. Am liebsten würde ich allen zuständigen Beamten die Erfolgsquelle, die Grundlage für alle unsere wichtigen Weiterentwicklungen und neuen Anforderungen, auf die Stirn stempeln: Konzentration oder Gewichtung auf unsere Kernaufgaben.

Regierungsrätin **Knill:** Ich danke Ihnen für das grosse Interesse an den Themen der Thurgauer Volksschule. Es ist immer ein Spannungsfeld zwischen der so genannten kurzen Leine und einer langen Leine. Der Grosse Rat hat mit der Einführung der Schulleitungen, aber auch mit der durchlässigen Sekundarstufe ganz bewusst und überzeugt zu mehr Autonomie und Verantwortung auf der Ebene der entsprechenden Schulgemeinden zugestimmt. Das Thurgauer Volksschulwesen mit selbständigen Schulgemeinden ist historisch gewachsen und seit über 180 Jahren ein Erfolg. Wer Verantwortung abgibt, gibt auch Vertrauen ab. Es bestehen weniger personelle Ressourcen, und diese genügen. Der Kanton ist heute in der Funktion von "Skyguide". Acht Personen beauf-

sichtigen in der Schulaufsicht die verschiedenen Schulgemeinden und sorgen dafür, dass die Entwicklungen letztlich im Rahmen der kantonalen Vorschriften liegen. Diese Autonomie ist vom Kanton gewollt. Wir haben sie mit dem Beitragsgesetz vor noch nicht langer Zeit erhöht. Es bestehen 90 Schulgemeinden mit unterschiedlichsten Voraussetzungen. Alle haben das gleiche Ziel: Sie wollen den Schülerinnen und Schülern die entsprechenden Lehrpläne und Bildungserfolge ermöglichen. Die 90 Schulgemeinden sind heterogen. Die Schülerzahlen schwanken stark. Es bestehen städtisch urbane Verhältnisse, kleine Landgemeinden, unterschiedlich hohe Migrationen und strukturelle Besonderheiten. Diese Heterogenität erfordert auch im pädagogischen oder im Unterrichtsbe- reich teilweise andere, etwas differenzierte Lösungen. Es wurde von Schulversuchen gesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass Schulversuche, wie sie genannt wurden, keine solche gemäss Volksschulgesetz sind, sondern lokale Schulentwicklungen. Zu den Unterrichtsformen: Der Grosse Rat hat am 11. Mai 2011 über den Erfolg neuer Un- terrichtsformen, ausgehend von der Interpellation von Urs-Peter Beerli, diskutiert. Ich möchte die damaligen Argumente aber nicht wiederholen. Der Grosse Rat hat mitbe- stimmt, nicht nur diesen gesetzlichen Rahmen für mehr Autonomie mit den geleiteten Schulen zu erlassen, sondern bereits etwas vorher hat der Prozess der grossen Reor- ganisation der Schulämter eingesetzt. Ab 2000 wurden über 21 Ämter aus dem Schulbe- reich zusammengeschlossen und 2003 vervollständigt. Sie sind heute sehr schmal auf- gestellt. Die Kosten der Schulentwicklung und der Schulaufsicht wurden in den letzten Jahren gesenkt. Es wurden Stellen abgebaut. Seit ich im Amt bin, hat es nochmals Re- duktionen gegeben. Im Bereich "Finanzen" und "Schulaufsicht" wurden nochmals ent- sprechende Stellen abgebaut. Bei so vielen Schulgemeinden und Schulstandorten kann es nicht verhindert werden, dass eine allzu kreative Behörde oder eine Schulleitung et- was über das Ziel hinauschießt. Meines Erachtens ist dies in Arbon geschehen, wo nämlich so genannte Ortszulagen im Sinne von zweiten Klassenlehrerlektionen gespro- chen wurden. Das ist nicht zulässig. Wir haben nicht zaghaf, sondern die Schulaufsicht hat klar interveniert. Das Problem wird sich lösen, weil es finanziell nicht umsetzbar ist. Auf die Argumente zum Lehrplan 21 gehe ich an dieser Stelle nicht ein. Mit der gelebten Vielfalt im Thurgauer Volksschulwesen ist es fast wie mit dem Gesang: Es zählt vor al- lem der Output. Wir werden weiterhin die Balance halten, wo wir eingreifen, wie zentra- listisch unser Volksschulwesen vom Kanton geführt werden soll, Bestimmungen erlas- sen und die Einhaltung kontrolliert werden und wo man Freiräume zulassen kann. Wir vertrauen darauf, dass Expertinnen und Experten vor Ort sind. Angefangen bei den Lehrpersonen bis zu den Schulleitungen und Schulbehörden, die durchaus in der Lage sind, zusammen mit ihren Schulbürgerinnen und Schulbürgern für ihre Verhältnisse tragbare Lösungen zu schaffen. Zum Bereich der Sonderpädagogik wurde hier im Rat nicht eine zentralistische Lösung von Integration oder allfällige Separation beschlossen, sondern es soll den Schulgemeinden überlassen sein, im Rahmen ihrer örtlichen Gege- benheiten darüber zu entscheiden, ob sie separative oder eher integrative Schulformen

wählen. Unseres Erachtens bewährt sich dies. Wir müssen die Verantwortung dort belassen, wo im Schulumfeld jeden Tag wertvolle und auch herausfordernde Arbeiten geleistet werden. Wir werden sicher die Gelegenheit dazu haben, im Rahmen der Beratungen des Bildungsberichtes auf die eine oder andere Frage nochmals einzugehen. Ich bleibe dabei: Die Thurgauer Volksschule ist auf Kurs. Unsere Aufgabe ist es nach wie vor, mit den personellen Ressourcen und finanziellen Möglichkeiten eine so genannte Oberaufsicht zu gewährleisten und dort zu intervenieren, wo gesetzliche Rahmenbedingungen überschritten werden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.